

Heftige Debatte um die „Neue Heimat“

Auf Antrag der CDU-Fraktion fand eine Sondersitzung des Landtages statt, die sich ausschließlich mit dem Thema „Neue Heimat“ beschäftigte. Sie wurde mit einer Regierungserklärung des SPD-Ministers Christoph Zöpel eröffnet, da Ministerpräsident Johannes Rau sich offenkundig drückte, diese Erklärung selbst abzugeben. Die Debatte wurde in voller Länge vom WDR übertragen. Wir bringen hier einige Ausschnitte aus den Reden von Professor Biedenkopf, Dr. Bernhard Worms und Hubert Doppmeier, die im Namen der CDU-Fraktion das Gebaren der Regierungspartei im Zusammenhang mit der Affäre um die „Neue Heimat“ kräftig kritisierten.

Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf:

„... Zu Ihren Ansprüchen, Herr Rau, auch im Hinblick auf das Amt, das Sie anstreben, gehört das Angebot zum ehrlichen und offenen Dialog. Das, was die Neue Heimat in Zusammenhang mit der Bundesregierung gemacht hat, ist das genaue Gegenteil von dem, was wir uns unter „offenem und ehrlichem Dialog“ vorstellen können! Ich möchte Sie bitten, uns in diesem Hause zu sagen, ob Sie die von Herrn Schultz hier und von Herrn Breit in Essen vorgetragene Behauptung sich zueigen machen, es sei die Blockadepolitik der Bundesregierung, die die Neue Heimat in die gegenwärtige Lage

gebracht habe, oder ob das, was in der Regierungserklärung steht, zutreffend ist. Ich möchte das gerne wissen! Ich möchte wissen, ob es so ist, wie in der Regierungserklärung vorgetragen: daß es eine ständige Konsultation zwischen Bund und Land gegeben hat und daß der vorzeitige Verkauf, von dem niemand etwas wußte, den Weiterführungen dieser Bemühungen ein Ende bereitet hat, oder ob die von Herrn Schultz und von Herrn Breit vorgetragene Auffassung zutreffend ist, daß es nämlich die Schuld der Bundesregierung sei, das gegenwärtige Debakel herbeigeführt zu haben.

Eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit den Bemühungen auch in diesem hohen Hause um die Lösung der Probleme der Neuen Heimat hat immer wieder das Argument gespielt, es gehe um den Schutz der Mieter. Ich möchte in voller Übereinstimmung mit dem DGB, im übrigen auch mit Rechtsgutachten, die wir dazu eingeholt haben, feststellen, daß die Mieter von diesen Vorgängen nicht direkt betroffen sind. Ich habe es sehr begrüßt, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund jetzt endlich in der ersten öffentlichen Stellungnahme zu dem gesamten Vorgang unterstrichen hat, die Position der Mieter sei nicht nur durch Vertrag, sondern auch durch Gesetz gesichert. Und da hier ja die Rede von unzureichender gesetzlicher Regelung im Zusammenhang mit gemeinnützigen Wohnbauunternehmen die Rede war, Herr Zöpel, die im übrigen, wie Sie wissen, mit Ländersache ist — Sie hätten

im Bundesrat schon längst Anträge stellen können, um das von ihnen vermutete Defizit abzubauen —, möchte ich doch betonen, daß jedenfalls der gesetzliche Mieterschutz ganz offenbar auch nach der Meinung des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Ansprüche erfüllt, die gegeben sein müssen, um Wohnungen selbst an Private zu verkaufen. Dies empfinde ich als eine große Erleichterung, denn wir fühlten uns in diesem hohen Hause mit dieser Behauptung immer sehr alleingelassen. Jetzt haben wir immerhin 7 Millionen DGB-Leute auf unserer Seite. Ich möchte nur eines feststellen, Herr Zöpel: Die Tatsache, daß DGB und CDU in dieser Frage offenbar übereinstimmen, entzieht der Begründung für den Erwerb der 2385 Wohnungen durch das Land die Grundlage.

Was noch interessanter ist: Der DGB sagt nicht nur, der Schaden wäre nicht eingetreten, sondern er ist von seiner Rechtsposition so überzeugt, daß er sogar 190 000 Wohnungen an einen Privaten veräußert. Das heißt, er hat das Gleiche getan, was Sie in Nordrhein-Westfalen verhindern wollten, nämlich aus Gründen, die der DGB gar nicht für vorliegend hält und das auch in Flugblättern der Bevölkerung mitteilt. Herr Zöpel, wenn das aber so ist, dann müssen Sie sich schon die Frage gefallen lassen, was denn nun die wirklichen Motive waren, daran werden wir nicht vorbeikommen. Immerhin gibt es auch Leute, die der Meinung sind, daß dieser erste privatrechtliche Vertrag mit dem Preis von rund 140 Millionen DM vielleicht kein so furchtbar seriöser Vertrag war und daß es vielleicht zweckmäßig gewesen wäre, diesen Vertrag auf die Seite zu schieben und die ganze Frage noch einmal von vorn zu prüfen, und daß es bei der Gelegenheit

auch zweckmäßig gewesen wäre, einmal bei der Neuen Heimat nachzusehen, zu welchem Wert diese Wohnungen zu Buche stehen und so weiter und so fort. Ich will das hier gar nicht vertiefen. Nur: Diese Fragen haben Sie mit der Regierungserklärung nicht beantwortet.

Vor allen Dingen, Herr Zöpel, die Rechnung, die Sie anschließend aufmachen: daß nicht nur die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen rund 48 Millionen DM Buchgewinne gemacht hat, sondern die LEG gleich auch noch, nämlich einen Verkehrswert von 165 Millionen DM, einen effektiven Kaufpreis von 133 Millionen DM — sprich: 31,5 Millionen DM —, und daß Sie dann auch noch vorrechnen, Sie hätten die Wohnungen nur so mit 2 000 DM pro Einheit in Sozialbindungen halten können, sonst hätte Sie das 57 000 DM pro Einheit gekostet! Eine abenteuerlichere Rechnung habe ich in einer Regierungserklärung noch nie gehört!

Zunächst einmal ist es schlicht und einfach nicht zutreffend, daß man die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen ohne Schwierigkeiten aus diesem Gesamtverkauf wieder herausnehmen kann. Die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen hat mindestens im Sinne der Konzern-durchgriffshaftung mit, mal ganz unabhängig von der Frage, ob hier Patronatserklärungen vorliegen oder nicht. Es ist ganz unmöglich, den Wohnungsbestand der Neuen Heimat aus der Haftung zu entlassen. Offenbar ist Ihnen auch noch nicht bekannt, in welchem Umfang diese Wohnungen dinglich in Beschlag belegt sind; sonst hätten Sie uns das hier vorgebrachten. Ich habe jedenfalls keine Ahnung, in welchem Umfang das Vermögen der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen überhaupt noch ein Vermögen ist, Besitz

und Schulden, und in welchem Umfang es aus dieser Verschuldung oder Mithaftung wieder herausgelöst werden kann. Das heißt, alles, was wir hier diskutieren, ist weniger als vorläufig, und es wäre mir recht, wenn Sie das noch deutlicher machen, als Sie es gemacht haben. Es gibt keinerlei Klarheit.

— Das ist gerade das Stichwort. Ich möchte Ihnen eines sagen: Wir haben heute eine Sondersitzung, und der Minister erklärt uns, per Freitag habe er die Verträge nicht gekannt, sie unterliegen dem Bankgeheimnis. Am Sonntag, gestern, erklärt der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Beruhigung der Delegierten, die Verträge würden in dieser Woche in der „Welt der Arbeit“ veröffentlicht. Jetzt frage ich Sie: ist es eigentlich unmöglich, von der Landesregierung zu verlangen, daß sie wenigstens drei Tage früher als die Drucker bei der „Welt der Arbeit“ wissen, was in diesen Verträgen steht und dann hier Auskunft geben können?

Sie haben über die Mitbestimmung gesprochen. Ich hätte das Thema nicht angesprochen, Herr Zöpel, wenn Sie es nicht in die Regierungserklärung aufgenommen hätten, weil ich der Meinung bin, daß wir uns hier in erster Linie nicht mit einem Konzern, sondern mit den Folgen und den Verantwortlichkeiten des Landes und seiner Regierung auseinanderzusetzen haben. Ich kann mich an eine Fülle von Sachverhalten erinnern, die in der allgemeinen Wirtschaft, nicht in der Gemeinwirtschaft eingetreten sind, in denen Veräußerungen dieser Art auf den entschiedensten Widerstand der Gewerkschaften gestoßen sind, nicht, Herr Zöpel, weil das Recht nach Form und Norm verletzt wurde, so daß Aufsichtsbehörden eingreifen mußten — ich bitte Sie: Das ist

doch keine Betrachtungsweise zur Mitbestimmung; das glauben Sie doch selbst nicht —, sondern weil Geist und Sinn der Mitbestimmung mit Füßen getreten wurden. Darum geht es doch. Ich muß zugeben: Es war schon ein beachtlicher Vorgang, vom Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes begründet zu bekommen, warum er nach Gesetz nicht verpflichtet war, seine Arbeitnehmer vorher zu unterrichten, sondern erst hinterher, obwohl man genau weiß, was er gesagt hätte, wenn dieser Vorgang in einem privatwirtschaftlichen Unternehmen stattgefunden hätte.

Dr. Bernhard Worms:

Belegbar ist: Der Hamburger Bausenator hält den Verkauf der Neuen Heimat für gesetzeswidrig und hat folgerichtig unverzüglich die Prüfung des Verkaufs angeordnet. Aus gleichem Grund hat der schleswig-holsteinische Innenminister vorsorglich die Wohnungsbauarbeiten gekündigt. Und was tut die nordrhein-westfälische Landesregierung? — Nichts, meine Damen und Herren! Sie — ich bleibe dabei —, Herr Ministerpräsident, und auch Ihr zuständiger Minister, Sie sind unwissend und hilflos, und deshalb hat es Ihnen in der Tat die Sprache verschlagen. In der Öffentlichkeit tun Sie so, als ob Sie der Wahrer der Mieterinteressen seien. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, benutzen Sie die Mieterinteressen, wie es Ihnen in den politischen Kram paßt; denn, Herr Ministerpräsident, wo war der Mieterschutz — ich frage auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD —, als in den letzten Jahren, ganz exakt bis Ende 1985, rund 10 000 Wohnungen, eine nach der anderen, von der Neuen Heimat auf dem freien Markt verkauft worden sind? Wie haben Sie,

Herr Ministerpräsident, die Mieter geschützt, als der Hamburger Untersuchungsausschuß die seltsamen Geschäftspraktiken der Neuen Heimat aufgedeckt hat und als Sie von den Gewinnabführungsverträgen innerhalb des Neue-Heimat-Konzerns erfuhren? Bereits vor zwei Jahren hat die Oberfinanzdirektion Düsseldorf beantragt, der Neuen Heimat die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, weil sie gegen Recht und Gesetz verstoßen hat. Ich frage: Waren die Mieter dadurch nicht betroffen? Meine Damen und Herren, was hat diese Landesregierung getan, um die Mieter vor Schaden zu bewahren? Statt schnellstens — wir haben das heute schon wiederholt gesagt — eine Entscheidung herbeizuführen, verschleppt der zuständige Minister die Entscheidung über die Gemeinnützigkeit von Monat zu Monat!

Als es dem nichtgemeinnützigen DGB-Wirtschaftsunternehmen Neue Heimat Städtebau schlecht ging, hat der DGB als Eigentümer 1,5 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Heute geht es dem gemeinnützigen Unternehmen Neue Heimat schlecht. Aber zur Rettung dieses Unternehmens, bei dem viele tausend Menschen Wohnung haben und das nicht gewinnorientiert sein darf, gibt es nicht eine einzige Mark vom Eigentümer. Ich stelle fest: Eigennutz statt Gemeinnutz — das scheint mir hier die Devise zu sein!

Die dreiste Behauptung, außer Nordrhein-Westfalen und Hessen habe niemand der Neuen Heimat helfen, ja, die Bundesregierung sie sogar in den Konkurs reden wollen, ist ein weiterer Versuch einer Legendenbildung. Meine Damen und Herren, für wie dumm sollen die Leute eigentlich bei uns verkauft werden? Tatsache ist: Niemand in der CDU — schon gar nicht die Bundesregierung

— hat sich einer Lösung der Schwierigkeiten verweigert. Verweigert haben sich die Funktionäre der Neuen Heimat. Sie haben es bis heute abgelehnt, denen, die helfen sollten und auch helfen wollten, Einsicht in die Bücher zu geben. Aber — und das ist auch unsere Frage — haben nicht auch die Millionen von Mitbürgern, deren Einkommen weit unter dem der Versagerfunktionäre der Neuen Heimat liegt, einen Anspruch auf sorgsamen und verantwortungsvollen Umgang mit ihren Steuergeldern?

Wie sieht das Geschäft mit dem Berliner Brotfabrikanten Schiesser, soweit wir es kennen, aus? Herr Schiesser kauft 190 000 Wohnungen in anderen Bundesländern plus 43 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen plus 30 000 Wohnungen in Hessen — und das alles für 1 DM. Die nordrhein-westfälischen und die hessischen Wohnungen kann er zurückgeben. Dafür bekommt er dann 300 Millionen DM. Außerdem erhält er von den Gewerkschaften 900 Millionen zinsverbilligte Kredite. Er selber haftet mit keiner einzigen Mark seines privaten Vermögens. Meine Damen und Herren, Welch ein Geschäft! Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen läßt sich dagegen regelrecht über den Tisch ziehen. Sie kaufte — ich komme noch einmal darauf zurück — 2 385 Wohnungen für brutto 142 Millionen DM — wie wir in der Regierungserklärung gehört haben, nach diesem Verrechnungsmodus 133 Millionen DM. Das nennt Herr Zöpel dann auch noch ein Modellgeschäft. Was glauben Sie, für welch einen Dilettanten Herr Schiesser Sie hält, der für 100 mal soviel Wohnungen den 142millionsten Teil Ihres Modellgeschäfts gezahlt hat, eine einzige mürde Mark!?

Herr Zöpel, Sie haben gekauft, ohne ein

vorheriges Wertgutachten und ohne das Geschäft vorher durch das Justizministerium prüfen zu lassen. Die Eile haben Sie damit begründet, daß man einer privaten Investorengruppe zuvorkommen müsse. In Wahrheit wäre ein solcher Verkauf an private Investoren kurzfristig überhaupt nicht zustande gekommen.

In Wahrheit war es ein Bilanzstützgeschäft, bei dem die Neue Heimat einen satten Gewinn von ca. 48 Millionen DM eingestrichen hat. Aber es war nicht nur ein Stützungsgeschäft, sondern es war auch der Versuch der Bilanzmanipulation. Sie, Herr Minister Zöpel, haben davon gewußt, wie man inzwischen in den Zeitungen nachlesen kann. Und Sie, Herr Ministerpräsident, Sie haben die Augen zugedrückt und zu allem ja und amen gesagt. — Jetzt, meine Damen und Herren, interessiert sich auch schon der Staatsanwalt für dieses dubiose Modellgeschäft.

Folgende Fakten sind belegt: Der Vertrag wurde am 26. Februar 1986 unterzeichnet.

Er wurde auf den 31. Dezember 1985 rückdatiert, um die Jahresbilanz 1985 zu retten. Herr Zöpel wußte von dieser Manipulation und beteiligte sich an ihr. Der Wirtschaftsprüfer der Neuen Heimat lehnt diese Vertragsabwicklung ab, weil sie gegen den Grundsatz der Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit verstieß. Dieser Vorgang, meine Damen und Herren, der aus den Protokollen der Aufsichtsratssitzungen der Neuen Heimat belegbar ist, wird für uns Anlaß sein, in der nächsten Plenardebatte den Untersuchungsausschuß zu beauftragen, auch diese Vorgänge in seine Untersuchungen einzubeziehen; denn, Herr Minister Zöpel, dieser Tatbestand, soweit er uns bekannt ist, erhärtet durch das Ergebnis im Untersu-

chungsausschuß, reicht zu Ihrem Rücktritt.

Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen für meine Fraktion fünf Fragen vorlegen, auf die wir gern hier und heute in diesem Hohen Hause eine Antwort hätten:

Erstens. Wie konnte es geschehen, daß mit Billigung der Landesregierung unter dem Vorwand, man wolle die Mieter schützen, in Wahrheit ein Geschäft zur Bilanzmanipulation geschlossen wurde?

Zweitens. Wie konnte es geschehen, während Sie noch verhandeln, daß Sie vom Verkauf der Neuen Heimat an einen Privaten kalt erwischt wurden?

(Beifall der CDU)

Drittens. Wann erfahren wir die volle Wahrheit über die Umstände des Verkaufs — Stichwort: Nebenabreden —, über die es täglich neue Nachrichten und Gerüchte gibt?

Viertens. Wann führt die Landesregierung endlich eine Entscheidung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen herbei?

(Beifall der CDU)

Fünftens. Wie wollen sie, Herr Ministerpräsident — und darauf sind wir alle gespannt —, den in der Öffentlichkeit entstandenen Verdacht ausräumen, daß die Landesregierung Einfluß auf das Anerkennungsverfahren nimmt?

Hubert Doppmeier:

Wenn Sie, meine Kollegen von der SPD, Herr Schulz oder Sie, Herr Farthmann, oder auch Sie, Herr Ministerpräsident, sehe ich gerade in meinen Notizen, wieder die alte Leier bringen, daß Sie den Regierungsparteien in Bonn und der Opposi-

tion hier vorwerfen, die Neue Heimat in den Konkurs geredet zu haben — das ist nicht korrekt —, sondern vielmehr die Neue Heimat in den Konkurs reden zu wollen, dann muß ich das entschieden zurückweisen und daran erinnern, Herr Farthmann, daß vor allem der Vorstandsvorsitzende der Neuen Heimat außer Diensten, Herr Dr. Hoffmann, in vielen Interviews, im „Stern“ und im „Spiegel“, mehr als einmal vom drohenden Konkurs gesprochen hat. Wenn der Hauptverantwortliche der Neuen Heimat vom Konkurs redet und Politiker wissen, welche Gefahren das auch für das Vermögen des Landes mit sich bringen kann, dann ist es einfach unredlich, wenn Sie aus wohlerwogenen wahlaktischen Gründen jetzt die CDU für die ganze Misere verantwortlich machen wollen, Herr Farthmann.

Gehen Sie bitte davon aus, daß das, was Sie und auch andere Kräfte sagen — das gilt auch für die Führungsfunktionäre des DGB, die dieses Flugblatt zu verantworten haben — bzw. was in diesem Flugblatt steht, von den Bürgern nicht geglaubt wird und auch von vielen Mitgliedern der Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes ebenfalls nicht geglaubt wird. Es ist schon bemerkenswert, wenn man beispielsweise heute die dpa-Meldung vom Kongreß der IG Druck und Papier liest, wo Herr Schäfer, dort zuständig für Finanzen, jetzt die Durchleuchtung aller Unternehmen, die den Gewerkschaften gehören, fordert. Jetzt, also nachdem der Wohnungsgigant verkauft worden ist, spürt er auf einmal als Vorsitzender oder als Finanzfachmann der IG Druck und Papier diese Verpflichtung und will dieser Verantwortung gerecht werden. Daran wird deutlich, hier kommt eine Einsicht um Jahre

zu spät. Das ist das eigentliche Problem der Neuen Heimat und der Führungsgeber oder Führungsfunktionäre des DGB und der Einzelgewerkschaften.

Es geht kein Weg daran vorbei, daß für die Misere nicht nur die persönlichen Verfehlungen der früheren Bosse der Neuen Heimat verantwortlich zu machen sind, sondern dafür sind auch Männer und Frauen verantwortlich zu machen, wie Ernst Breit, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Mitglied der SPD, Franz Steinkühler, sehr einflußreicher Mann der IG Metall und demnächst Vorsitzender der IG Metall und Mitglied der SPD, Monika Wulff-Matthis, Vorsitzende der ÖTV und Mitglied der SPD.

Gerade Minister Zöpel muß uns hier eine Lektion über den Umgang im Parlament erteilen, wo gerade Zöpel es doch war, der eben nicht das Parlament ständig informiert hat, sondern der sich erdreistete, das Parlament hinters Licht zu führen, indem er bewußt Dinge sagte, die so nicht stimmten, bewußt die Unwahrheit sagte. Ich habe schon in einer früheren Sitzung einige Kostproben davon gegeben: Ich will sie noch einmal kurz in Erinnerung rufen.

Minister Zöpel erklärte auf meine Frage in der Ausschußsitzung vom 26. Februar, bevor die Landesregierung prinzipielle Regelungen treffe, werde sie die Ausschüsse schon allein aus dem Grunde informieren, weil man dazu einen Haushaltsvermerk benötige. Das war die Sitzung am 26. Februar. Am 25. Februar 1986 hat das Kabinett ausweislich des Auszugs aus dem Kabinettsprotokoll die Eckdaten über die Übernahme von Wohnungen der Neuen Heimat durch die LEG beschlossen. Ein Minister, der einen Tag später im Ausschuß sagt: „Ich werde

Euch über alles informieren, wenn es so weit ist“ und verschweigt, daß am Tage vorher das Kabinett entsprechende Beschlüsse gefaßt hat, dieser Minister sagt bewußt die Unwahrheit.

Ein anderes Beispiel: Am 26. Februar 1986 sagte Minister Zöpel im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen auf eine entsprechende Frage zu mir, sein Haus habe im Zusammenhang mit dem Antrag auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit ständig auf Beschleunigung gedrängt. Der zuständige Abteilungsleiter beim Regierungspräsidenten, Bock, erklärte in der Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen am 9. April 1986 auf meine Frage, ob er Weisung erhalten habe, daß die Sache beschleunigt bearbeitet werden soll: Bock verneint diese Frage. Hier wird ein weiteres Mal deutlich: Auch in diesem Punkte der Aberkennung der Gemeinnützigkeit hat uns der Minister im Ausschuß hinters Licht geführt.

Wir hatten am 18. September 1986 morgens um 8.00 Uhr eine Sondersitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen. Gegenstand der Sondersitzung war der Antrag der Oberfinanzdirektion. Der Minister hat eben hier erklärt, er habe immer penibel darauf geachtet, das Parlament und seine Ausschüsse ständig über die Vorgänge in diesem Zusammenhang zu informieren.

Er hätte schon am 18. September die Möglichkeit gehabt zu sagen: Seit gestern weiß ich, daß die Neue Heimat an den Brotfabrikanten Horst Schiesser verkauft werden wird. Er hat sein Wissen dem Ausschuß mit keinem Wort zur Verfügung gestellt. Meine Damen und Herren, das sind die Umgangsformen des Ministers.

Kanzler beim zweiten Parteitag

In der ersten Sitzung des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen hatte Münsters Oberbürgermeister Twenhöven spontan die Anregung hören lassen, der nächste Landesparteitag der CDU NRW, der zweite, sollte doch in Münster stattfinden. Dieser Anregung wird am 8. November Folge geleistet. Der Landesparteitag, zu dem inzwischen diverse Anträge eingegangen sind, wird um 10 Uhr in der Halle Münsterland mit einer Rede des 1. stellv. Vorsitzenden Dieter Pützhofen eröffnet. Nach den Regularien kann sich dann endgültig die CDU NRW konstituieren, nachdem der Bundesparteitag in Mainz das Parteistatut entsprechend geändert und die CDU NRW in die Bündessatzung aufgenommen hat. Bundeskanzler Helmut Kohl wird dann zu den Delegierten sprechen.

Eine Rede des Landesvorsitzenden Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf leitet über zur Beratung und Verabschiedung einer „Erklärung von Münster“, die am Tag der Konstituierung in Thesen die Aufgaben und Ziele der künftigen Arbeit der Partei programmatisch umreißen soll. Die junge landesweite Partei hat noch einige Regelungsbedarf. Das Parteiengesetz schreibt geordnete Finanzwirtschaft vor. Zur Aufstellung von Finanz- und Haushaltsplänen müssen die Finanzstrukturen des Rheinlandes und Westfalen-Lippes angeglichen werden. Das Thema, das auf den Vorschlag einer Erhöhung der Abführungsbezüge im westfälischen Bereich hinausläuft, hat in den Debatten der Kreisvorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer schon einige Vorklärung erfahren.

Wahlrecht von Auslandsdeutschen zum Landtag

Für das Wahlrecht von Auslandsdeutschen zum Landtag Nordrhein-Westfalen hat sich die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Nach Mitteilung ihres Sprechers im Hauptausschuß, Dr. Ottmar Pohl, hat die CDU-Landtagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes im Landtag eingebracht.

Wie im Bund bei den Bundestagswahlen sollen mit der Gesetzesänderung den deutschen Staatsangehörigen, die ihre Hauptwohnung seit mindestens drei Monaten in den Gebieten eines Mitgliedstaates des Europarates haben und die vor der Wohnsitzverlagerung nach dem 23. August 1946 (Staatsgründung des Landes Nordrhein-Westfalen) mindestens drei Monate in Nordrhein-Westfalen wohnten, die Teilnahme an den Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag ermöglicht werden. Darüber hinaus soll auch den Auslandsdeutschen in anderen Staaten außerhalb der Mitgliedstaaten des Europarates das Wahlrecht zum Landtag gegeben werden, sofern am Wahltag seit ihrem Fortzug aus Nordrhein-Westfalen nicht mehr als zehn Jahre verstrichen sind.

Bereits zweimal hatte sich der Landtag von NRW mit der Einführung eines Landtagswahlrechts für Auslandsdeut-

sche befaßt, aber mit Rücksicht auf eine wünschenswerte vorhergehende Regelung des Wahlrechts für Auslandsdeutsche zum Deutschen Bundestag eine Regelung zurückgestellt, obwohl alle Landtagsfraktionen dem Grunde nach dem zweimaligen Begehr der CDU-Landtagsfraktion zustimmten und eine weitere Prüfung in Aussicht stellten, sobald der Bund eine Regelung getroffen hätte.

„Nachdem nunmehr im Bund das Wahlrecht für Auslandsdeutsche abschließend geregelt wurde, ist eine entsprechende Regelung in Nordrhein-Westfalen angezeigt und notwendig“, betonte Pohl abschließend.

Sportkongress wird vorbereitet

Zu einem Sportkongress lädt die CDU Nordrhein-Westfalen für den 13. Dezember 1986 in die Rheinische Landesturnschule nach Bergisch Gladbach ein. Führende Sportfunktionäre haben ihre Teilnahme an diesem Kongress zugesagt. Derstellvertretende Landesvorsitzende, Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, und Landesvorsitzender Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf werden zu den Kon greßteilnehmern sprechen. Weitere Einzelheiten werden rechtzeitig mitgeteilt.